



ARBEITNEHMER UND GEWERKSCHAFTEN PUTINS SYSTEMREFORM – REAKTIONEN 2

■ ANALYSE		
	Die Lage der arbeitenden Klasse in Russland. Petr Bizyukov, Kemerowo	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
	Lohnentwicklung	4
	Streiks 1995–2002	5
	Vertrauen zu politischen Institutionen in Russland 2002–2004	6
■ ANALYSE		
	Aufstieg und Fall der Bergarbeitergewerkschaften. Heiko Pleines, Bremen	7
■ DOKUMENTATION		
	Die Schwäche der Gewerkschaften im post-kommunistischen Europa. Stephen Crowley, Oberlin	8
■ KOMMENTAR		
	Anmerkungen zum „Offenen Brief“ vom 28. September 2004. Heinrich Vogel, Berlin	10
■ CHRONIK		
	Vom 30. September bis zum 7. Oktober 2004	11
■ LESEHINWEIS		
	Abstracts der Russlandartikel in Osteuropa, 2004, Heft 9–10	12

Analyse

Die Lage der arbeitenden Klasse in Russland

Petr Bizyukov, ISITO, Kemerowo

Zusammenfassung

Nach der neuesten Volkszählung beträgt die Zahl der Arbeitnehmer in Russland 85 Millionen Menschen. Sie sind nicht nur als volkswirtschaftliche Größe von Bedeutung, sondern sollten auch die Arbeitsmarktgestaltung beeinflussen können und stellen zudem die zahlenmäßig stärkste Wählergruppe dar. Zur Lage der Arbeitnehmer und zu ihrem Einfluss auf die Arbeitsmarktgestaltung wird allerdings nicht sehr viel geforscht und die vorhandenen Analysen werden kaum diskutiert.

In diesem Beitrag möchte ich einige Ergebnisse einer Studie präsentieren, die vom Zentrum für die internationale Solidarität der Gewerkschaften gemeinsam mit dem Institut für die vergleichende Analyse von Arbeitsbeziehungen (ISITO) im Sommer 2003 durchgeführt wurde und die die Lage der russischen Arbeitnehmer wie auch die Rolle der Gewerkschaften in ihrem Arbeitsleben untersuchte. Die Studie basiert auf der Befragung von Arbeitnehmern in vier russischen Städten: Woronesh (große Industriestadt in der gleichnamigen Region in Zentralrussland), Nowokusnezsk (mittlere Industriestadt in der Region Kemerowo in Westsibirien), Polewsk (kleine Industriestadt in der Region Swerdlowsk im Ural) und Berdsk (Vorstadt von Nowosibirsk in der Region Nowosibirsk in Westsibirien). Die Gesamtzahl der Befragten betrug 3.304 Menschen. In den vorhergehenden drei Jahren wurden in den Betrieben dieser Städte repräsentative Studien durchgeführt.

Löhne und Lebensstandard

Den Resultaten der Umfrage zufolge liegt der Monatslohn der Arbeitnehmer zwischen 2.700 Rubel (zum Zeitpunkt der Studie: 90 US-Dollar) in Woronesh und 4.050 Rubel (135 US-Dollar) in Nowokusnezsk. Unsere Zahlen liegen damit unter den offiziellen Angaben von Goskomstat (der russischen Statistikbehörde), was im wesentlichen darauf zurückzuführen ist, dass die deutlich höheren Gehälter in der Hauptstadt Moskau sowie in der Erdölindustrie und im Bankenwesen in unserer Studie nicht berücksichtigt wurden. Selbst nach den offiziellen Angaben beträgt aber der monatliche Durchschnittslohn immer noch weniger als 250 Dollar. (Siehe dazu die Tabellen 1 und 2.)

Bei einer Durchschnittsgröße der Familien von drei Personen beträgt das Familieneinkommen ungefähr 6.300 Rubel (210 US-Dollar). Bei der Bewertung ihrer materiellen Situation gab die Hälfte der befragten Arbeitnehmer an, dass das Geld im Wesentlichen nur für den Kauf von Lebensmitteln reicht. Weitere 40% sagten, dass das Einkommen auch für den Kauf von Kleidung ausreicht. Das heißt, dass mehr als 90% der Befragten ein Wohlstandsniveau haben, das nur zur Befriedigung der elementarsten Konsumbedürfnisse,

Lebensmittel und Kleidung, ausreicht. So sorgt denn auch die geringste Drohung von Preiserhöhungen oder Erhöhungen der Gebühren für kommunale Dienstleistungen für Beunruhigung.

Gleichzeitig zeigen sich erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede auf dem Arbeitsmarkt. In allen Städten, in denen unsere Studie durchgeführt wurde, war das Einkommen der Männer deutlich höher als das der Frauen, im Durchschnitt um 40%. Dies macht sich auch beim Familienstand bemerkbar: Männer leben öfter in vollständigen Familien, ihre Familien haben mehr Mitglieder und der Lohn wie auch die Gesamteinkommen der entsprechenden Haushalte sind höher.

Wenn man die Angaben über den Bildungsstand hinzuzieht, kann man die Lage der weiblichen Arbeiter und Angestellten als ungerecht benachteiligt bezeichnen. Ihr Bildungsstand ist mindestens genau so hoch, öfters aber höher als der der Männer. Sie haben aber weder den gleichen Status noch den gleichen Lohn. Darüber hinaus haben sich unterschiedliche Arbeitsbereiche für Männer und Frauen etabliert. Die Arbeit der Männer ist nicht nur anspruchsvoller, sondern auch besser bezahlt (Industrie, Transport). Die von Frauen besetzten Arbeitsplätze in Staatsdienst, Handel und Dienstleistung sind entweder Niedriglohnarbeiten oder monotone Arbeit.

Beschäftigungsverhältnisse

Im Jahre 2002 wurde in Russland ein neues Arbeitsrecht verabschiedet. Seine Autoren beabsichtigten damit, den Arbeitsmarkt von veralteten sozialistischen Garantien zu befreien und liberale Grundsätze für die Regulierung von Arbeitsverhältnissen zu fördern. Dadurch hat das neue Arbeitsrecht dazu geführt, dass alle Arbeitnehmer, die in den letzten zwei Jahren die Arbeit gewechselt oder auf dem heutigen Arbeitsplatz umregistriert wurden, eine Verringerung ihres Gehaltes in Kauf nehmen mussten. Ihre Zahl beträgt ungefähr 30% aller Arbeitnehmer und ihr durchschnittliches Gehalt ist ungefähr 15% niedriger als das der Arbeitnehmer, die ihre Arbeit erhalten haben, als noch das alte Arbeitsrecht galt.

Außerdem zeigt unsere Studie, dass unter denjenigen, die in den letzten zwei Jahren eine neue Arbeit

angetreten haben, die Zahl derjenigen, die auf kurzfristiger Basis und ohne rechtmäßigen Arbeitsvertrag arbeiten, signifikant gestiegen ist (in manchen Städten um bis zu 18%). Es kann nur der Schluss gezogen werden, dass es mit dem neuen Arbeitsrecht trotz der positiven Wirtschaftsentwicklung weniger sichere Beschäftigung gibt.

Die Rolle der Gewerkschaften

Mit dem neuen Arbeitsgesetzbuch wurden auch Regelungen eingeführt, die offen gegen die Gewerkschaften gerichtet sind und die die effektivsten Arbeitnehmerorganisationen, nämlich die unabhängigen oder alternativen Gewerkschaften, de facto ausgeschaltet haben. Diese Organisationen spielten in den 1990er Jahren eine einzigartige Rolle. Es gab wenige von ihnen, aber ihr Einfluss muss hoch gewertet werden. Zum Beispiel setzte die Unabhängige Bergarbeitergewerkschaft schon 1992 als erste einen rechtlich bindenden Tarifvertrag durch, der die Arbeitsbeziehungen umfassend definierte. (Zur unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft siehe den Beitrag von Heiko Pleines auf S. 7.)

Die Gewerkschaften erprobten neue, erfolgreiche und nicht erfolgreiche, Arten der Regulierung von Arbeitsverhältnissen und schufen Alternativen. Gerade die neuen Gewerkschaften lernten, Gehaltsforderungen vor Gericht durchzusetzen, Verhandlungen zu führen, Arbeitnehmer effektiv vor ungerechtfertigten Entlassungen zu schützen und unbegründete Kürzungen zu stoppen. Diese Taktiken wurden von den alten, ehemals sozialistischen Gewerkschaften mit Erfolg kopiert, sodass es in den späten 1990er-Jahren in Russland ein vielfältiges System für die Regulierung von Arbeitsverhältnissen gab. Mancherorts existierten noch Gewerkschaftsleitungen, die der Betriebsleitung wie zu Zeiten der Planwirtschaft treu ergeben waren, während an anderen Orten unabhängige Gewerkschaften ins Leben gerufen wurden. Arbeitgeber gewöhnten sich daran, Verhandlung zu führen und Arbeitnehmer lernten, ihre Forderungen mit Hinblick auf die realen Möglichkeiten ihrer Betriebe zu begrenzen.

Anstatt diesen Prozess zu unterstützen hat das neue Arbeitsgesetzbuch die Möglichkeiten der Gewerkschaften, die Lage der Arbeitnehmer zu beeinflussen, praktisch zerstört. Darüber hinaus wurden Regelungen verabschiedet, die die „kleinen“ Gewerkschaften diskriminierten, indem ihnen nun viele gewerkschaftliche Einflussmöglichkeiten verwehrt bleiben.

Trotz aller Diskriminierungen haben die Gewerkschaften ihren Mitgliedern im Vergleich zu Nichtmitgliedern eine im Durchschnitt um 7% hö-

Über den Autoren:

Petr Bizyukov ist Leiter der Filiale Kemerowo des ISITO (Institut zur vergleichenden Analyse von Arbeitsbeziehungen, russisch: Institut sravnitelnych issledovanij trudovykh odnoschenij).

Lesetipp:

Sarah Ashwin, Simon Clarke: Russian Trade Unions and Industrial Relations in Transition, Basingstoke: Palgrave Macmillan 2003

here Gehaltszahlung gesichert. (Siehe Tabelle 1) Unter Gewerkschaftsmitgliedern gibt es, unabhängig davon, wann sie eingestellt wurden, fast keine Beschäftigten in unregulierten, illegalen Arbeitsverhältnissen. Dies ist das Los der nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer, deren Zahl durch das neue Arbeitsrecht erhöht wird.

Die Akzeptanz der Gewerkschaften

Unsere Umfrage hat gezeigt, dass der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder unter allen Arbeitnehmern ungefähr 40% beträgt. Die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder arbeitet in großen Unternehmen und im Staatsdienst (Bildung, Gesundheit, Kultur usw.). Dies sind die Bereiche, die sich seit Sowjetzeiten nur unwesentlich verändert haben. In den neuen Wirtschaftsbereichen – Handel, Dienstleistungen, Finanzen – gibt es praktisch keine Gewerkschaften, obwohl hier fast 25% der Arbeitnehmer beschäftigt sind. Darüber hinaus treten in letzter Zeit vermehrt Mitglieder aus den Gewerkschaften aus. Zwei Drittel der Arbeitnehmer, die nicht gewerkschaftlich organisiert sind, waren früher Gewerkschaftsmitglieder.

Zentraler Grund für den Mitgliederschwund der Gewerkschaften scheint ihre geringe Akzeptanz bei den Arbeitnehmern zu sein. (siehe auch Tabelle 4) Zur Durchsetzung ihrer Interessen, etwa bezüglich der Löhne, der Arbeitszeit oder der Arbeitsbedingungen wenden sich die Arbeitnehmer meistens nicht an die Gewerkschaft, sondern direkt an die Firmenleitung. Während fast drei Viertel der befragten Arbeitnehmer direkt zur Firmenleitung ging, bezog nur ein Drittel die Gewerkschaften in Verhandlungen mit den Vorgesetzten ein. Die letzteren waren außerdem mit dem Ergebnis ihrer Bemühungen sogar etwas weniger zufrieden. (Siehe Tabelle 5) Die Gewerkschaften wurden im Wesentlichen kontaktiert, um Vergünstigungen im Freizeitbereich zu erhalten, die bereits von den sozialistischen Gewerkschaften angeboten wurden.

Diese Angebote haben keinen direkten Bezug zu den Arbeitsbeziehungen. Die Gewerkschaft fungiert somit nicht als Interessenvertretung der Arbeitnehmer. Denn die Betriebsleitung löst nach Meinung der Arbeitnehmer solche Probleme effektiver als die Gewerkschaft und ist für die Arbeitnehmer der zentrale Verhandlungspartner. Die Gewerkschaft hingegen spielt nur eine untergeordnete Rolle und dient er als Beratungs- und Veranstaltungsservice. Diese Tendenz zeigte sich bereits in früheren Studien des ISITO.

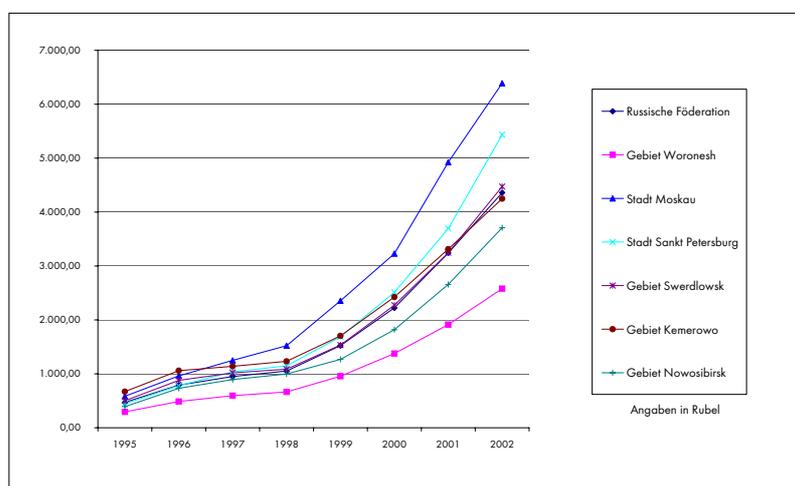
Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Redaktion: Heiko Pleines

Tabellen und Grafiken zum Text
Tabelle 1: Durchschnittslohn verschiedener Kategorien von Arbeitnehmern

Kategorie der Arbeitnehmer	Durchschnittslohn (Rubel)	Durchschnittslohn (US-Dollar)
Alle Kategorien	3353,00	111,77
Männliche Arbeitnehmer	4168,00	138,93
Weibliche Arbeitnehmer	2649,00	88,30
Gewerkschaftsmitglieder	3487,00	116,23
Nicht-Gewerkschaftsmitglieder	3270,00	109,00
Arbeitnehmer, die weniger als 2 Jahre an dem letzten Arbeitsplatz gearbeitet haben	3028,00	100,93
Arbeitnehmer, die mehr als 2 Jahre an dem letzten Arbeitsplatz gearbeitet haben	3530,00	117,67

Quelle: ISITO

Bruttolöhne in der Russischen Föderation 1995–2002 (ausgewählte Regionen)

Tabelle 2: Bruttolöhne in der Russischen Föderation (1995–2002) (ausgewählte Regionen)

	Durchschnittlicher Monatslohn (Rubel)							
	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002
Russische Föderation	472,40	790,20	950,20	1.051,50	1.522,60	2.223,40	3.240,40	4.360,30
Gebiet Woronesh	294,60	487,50	595,60	664,80	956,10	1.376,00	1.912,30	2.579,70
Stadt Moskau	584,10	962,50	1.249,50	1.522,30	2.355,50	3.229,30	4.924,20	6.388,40
Stadt Sankt Petersburg	443,20	781,30	1.036,90	1.147,90	1.687,30	2.511,50	3.695,30	5.434,70
Gebiet Swerdlowsk	501,80	879,30	1.017,90	1.086,70	1.534,10	2.273,80	3.246,10	4.473,10
Gebiet Kemerowo	671,30	1.058,70	1.140,20	1.232,40	1.703,90	2.425,40	3.312,70	4.248,30
Gebiet Nowosibirsk	391,40	731,00	895,00	995,90	1.269,20	1.819,10	2.657,80	3.708,80
Russische Föderation, in US-Dollar (nach BOFIT)	104,00	154,00	164,00	108,00	62,00	79,00	111,00	142,00

 Quellen: Rossijski statističeski esbegodnik, 2003, S. 173–174; Bank of Finland Institute for Economies in Transition (BOFIT) <http://www.bof.fi/bofit>

Streikaktivitäten 1995–2002

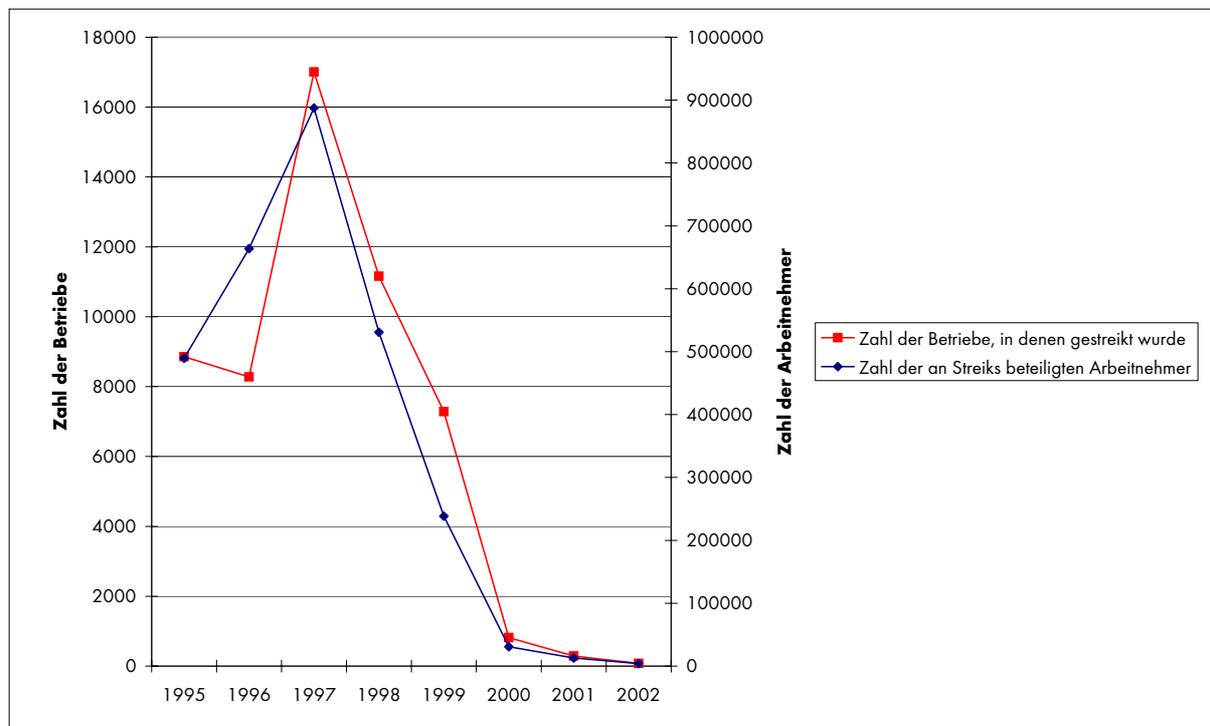


Tabelle 3: Streiks in der Russischen Föderation 1990–2002

Jahr	Zahl der Betriebe, in denen gestreikt wurde	Zahl der an Streiks beteiligten Arbeitnehmer	Zahl der an Streiks beteiligten Arbeitnehmer (Durchschnitt pro Betrieb)	Verlorene Arbeitszeit, in Personen-Arbeitstagen	Verlorene Arbeitszeit, in Personen-Arbeitstagen (Durchschnitt pro Betrieb)	Verlorene Arbeitstage pro Streikteilnehmer
1990	260	99.500	383	207.700	799	2,1
1995	8.856	489.400	55	1.367.000	154	2,8
1996	8.278	663.900	80	4.009.400	484	6
1997	17.007	887.300	52	6.000.500	353	6,8
1998	11.162	530.800	48	2.881.500	258	5,4
1999	7.285	238.400	33	1.827.200	251	7,7
2000	817	30.900	37	236.400	289	7,6
2001	291	13.000	45	47.100	162	3,6
2002	80	3.900	48	29.100	364	7,5

Quelle: Rossijski statistitscheski esbegodnik, 2003, S. 160

Vertrauen zu politischen Institutionen in Russland 2002–2004

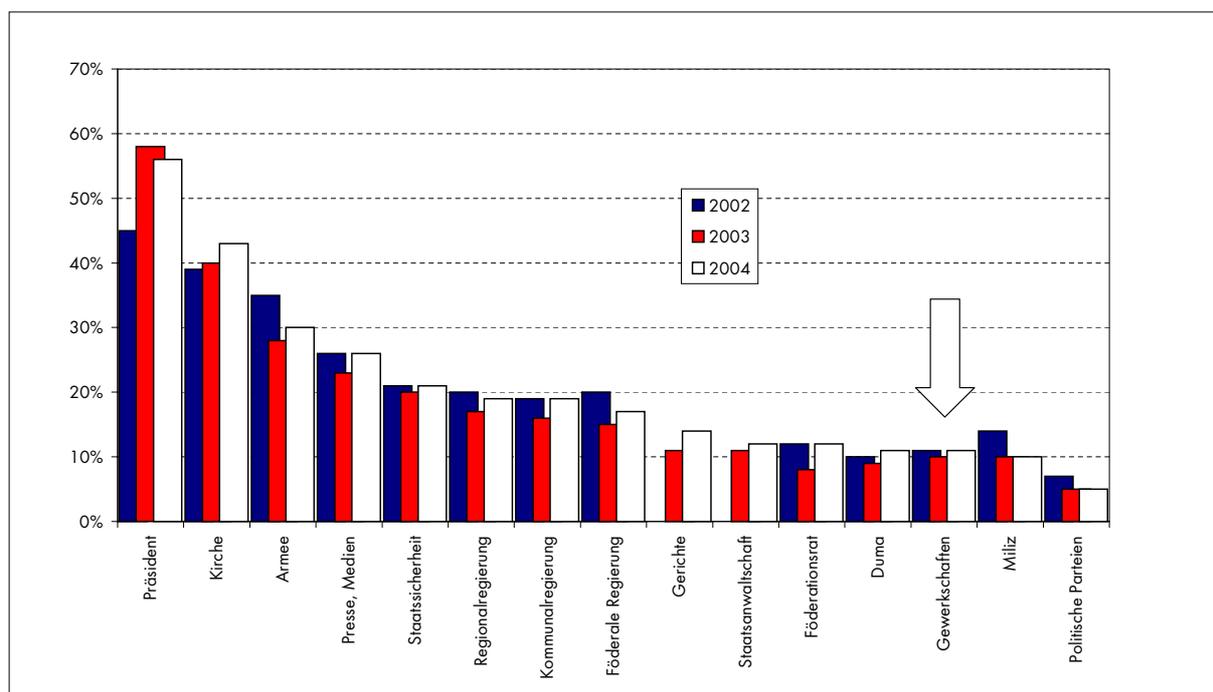


Tabelle 4: Vertrauen der Russen zu den politischen Institutionen

	Verdienen Vertrauen			Verdienen kein vollständiges Vertrauen			Verdienen überhaupt kein Vertrauen		
	2002	2003	2004	2002	2003	2004	2002	2003	2004
Präsident	45%	58%	56%	33%	29%	28%	9%	5%	8%
Kirche	39%	40%	43%	22%	20%	22%	11%	10%	8%
Armee	35%	28%	30%	35%	32%	34%	16%	22%	20%
Presse, Medien	26%	23%	26%	44%	40%	45%	18%	23%	18%
Staatssicherheit	21%	20%	21%	36%	33%	32%	22%	21%	23%
Regionalregierung	20%	17%	19%	36%	36%	37%	28%	31%	29%
Kommunalregierung	19%	16%	19%	37%	35%	37%	30%	36%	33%
Föderale Regierung	20%	15%	17%	43%	44%	41%	20%	27%	26%
Gerichte		11%	14%		32%	34%		30%	29%
Staatsanwaltschaft		11%	12%		30%	34%		30%	26%
Föderationsrat	12%	8%	12%	40%	36%	36%	23%	24%	23%
Duma	10%	9%	11%	43%	43%	44%	30%	36%	34%
Gewerkschaften	11%	10%	11%	28%	22%	24%	29%	32%	31%
Miliz	14%	10%	10%	39%	34%	35%	36%	44%	43%
Politische Parteien	7%	5%	5%	31%	29%	29%	34%	39%	39%

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums <http://www.levada.ru./press/2004092702.html>

Tabelle 5: Institutionen, an die sich Arbeitnehmer zur Lösung von Problemen in den Arbeitsbeziehungen wenden (Mehrfachnennungen möglich)

Institution	Häufigkeit (% der Personen)	Effektivität (% derjenigen, die eine positive Lösung erreichen konnten)
Betriebsleitung	74	56
Gewerkschaft	34	43
Freunde, Kollegen (Informelle Kanäle)	21	54

Quelle: ISITO

Analyse

Aufstieg und Fall der Bergarbeitergewerkschaften

Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Die gesamte russische Wirtschaft sah sich seit Ende der 1980er Jahre mit einer tiefgreifenden Krise konfrontiert, die nicht nur die finanzielle Lage der Arbeitnehmer verschlechterte, sondern im Verlauf der 1990er Jahre auch zu Massenentlassungen und damit zu Arbeitslosigkeit führte. Die Bergleute haben ihre Frustration über die katastrophale Wirtschaftsentwicklung und die Passivität der verantwortlichen Politiker in den 1990er Jahren stärker und radikaler als alle anderen Berufsgruppen zum Ausdruck gebracht. Damit erlangten auch die Gewerkschaften hier ihre größte politische Bedeutung. Eine Analyse der Bergarbeitergewerkschaften ist also geeignet, die Möglichkeiten und Grenzen gewerkschaftlicher Einflussnahme in Russland aufzuzeigen.

Bereits seit Ende der 1980er Jahre waren die Bergarbeiter in einen reformorientierten und einen konservativen Flügel gespalten. Der konservative Flügel wurde im post-sowjetischen Russland von der Nachfolgeorganisation der alten sozialistischen Gewerkschaft repräsentiert, die sich nun Unabhängige Gewerkschaft der Arbeiter der Kohleindustrie (NPRUP – Rosugleprof) nannte. Sie wurde vor allem von denjenigen Bergleuten unterstützt, deren Betriebe von Schließungen bedroht waren. Diese Bergleute standen politisch mehrheitlich der Kommunistischen Partei nahe. Da die Gewerkschaft weiterhin für die Verteilung vieler Sozialleistungen verantwortlich war, gehörte aber auch ein großer Teil der apolitischen Bergleute zur NPRUP.

Die reformorientierten Bergarbeiter hingegen hatten sich 1990 in der Unabhängigen Gewerkschaft der Bergleute (NPG – Nesavisimy profsojus gornjakow) organisiert und gingen, enttäuscht von den Reformen Gorbatschows, ein Bündnis mit Boris Jelzin ein. Sie hofften, durch demokratische Reformen Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu gewinnen und wa-

ren gleichzeitig der Ansicht, dass marktwirtschaftliche Reformen die Lage der Kohleindustrie verbessern würden, da der Marktpreis für Kohle steigen würde und die Exporteinnahmen nicht mehr im Staatshaushalt verschwinden würden. Die anfängliche Begeisterung verschwand jedoch schnell, und seit 1995 war auch der reformorientierte Flügel zu Protestmaßnahmen gegen die Regierung bereit.

Aufgrund der ideologischen Differenzen war aber der einzige gemeinsame Nenner für die beiden Gewerkschaften und die Flügel, die sie vertraten, die Forderung nach Begleichung der Lohnrückstände. Diese Forderung stand deshalb auch im Zentrum aller Bergarbeiterproteste von 1995 bis 1999. Die Bergarbeiter entwickelten dementsprechend nie ein gemeinsames Reformprogramm zur Lösung der Kohlekrise. Ihre Forderungen liefen vielmehr auf eine möglichst umfassende Fortsetzung der staatlichen Subventionierung hinaus. Diese inhaltliche Schwäche ließ den Führern der Bergarbeiter sehr wenig Möglichkeiten, konstruktiven Einfluss auf politische Entscheidungsprozesse zu nehmen.

Die föderale Regierung hat jedoch in der Jelzin-Ära bei jedem der großen Bergarbeiterstreiks – und manchmal auch schon als Reaktion auf entsprechende Androhungen – umfangreiche Zahlungsverprechungen gemacht. Ein großer Teil der „Erfolge“ der Bergarbeiterstreiks beruhte allerdings darauf, dass der Staat Subventionen von ruhigen Betrieben zu protestierenden umverteilt. Dies vermittelte den Eindruck, dass Streiks sich lohnen. Sobald die Zahl der protestierenden Bergarbeiter aber zunahm, musste die staatliche Umverteilungsstrategie scheitern. Einem Massenprotest, den sie durch den Eindruck der Wirksamkeit von Protesten noch förderte, stand die Regierung dann finanziell hilflos gegenüber.

Bereits seit 1989 war es die Strategie der zentralen politischen Führung in solchen Fällen umfassende Zugeständnisse zu machen, die dann anschließend nicht eingehalten wurden. Kurzfristig konnte die Regierung so die Situation entschärfen. Langfristig opferte sie auf diese Weise aber ihre Glaubwürdigkeit. Damit verlor sie – und mit ihr bis zu einem gewissen Grad auch der demokratische Prozess insgesamt – in den Augen der Bergarbeiter an Legitimation.

Dies wiederum führte zu einer Radikalisierung der Proteste. Die Bergarbeiter wollten ab 1996 erst Ergebnisse sehen, bevor sie nach einem Streik wieder an ihren Arbeitsplatz zurückkehrten. Und um der Regierung den Ernst der Lage zu verdeutlichen, griffen sie auch zu immer radikaleren Protestformen. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung im "Schienenkrieg". Im Mai und erneut im Juli und August 1998 blockierten protestierende Bergarbeiter für mehrere Wochen zentrale Schienenstrecken des Landes. Parallel wurden permanente Demonstrationen vor Regierungsgebäuden in Moskau organisiert.

Lesetipp:

Heiko Pleines: Der politische Konflikt um die Restrukturierung der russischen Kohleindustrie, in: Osteuropa Wirtschaft 1/2004, S.49–62

Bereits 1999 brach die Protestbewegung der Bergleute jedoch weitgehend zusammen. Hatte der Kohlebergbau 1998 noch 226.000 Personen-Arbeitstage durch Streiks verloren, waren es 1999 nur 28.000 und im Jahre 2000 gerade einmal 2.000. In den folgenden Jahren sank diese Zahl noch weiter. Während 1998 noch 124 Kohlebetriebe von Streiks betroffen waren, war es 2001 nur ein einziger.

Die Ursachen hierfür waren vielfältig. Von großer Bedeutung war erstens die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Kohleindustrie, die mit einer deutlichen Reduzierung der Lohnrückstände verbunden war, zweitens die Übernahme der Kohleindustrie des Kuzbass, des größten russischen Kohlereviere, durch die Regionalverwaltung von Kemerowo, die alle Beteiligten in einem regionalen Netzwerk disziplinierte, und drittens die staatliche Reformpolitik, die die Zahl der Bergleute deutlich reduzierte und durch Privatisierungen die Verantwortung für die Arbeitsbedingungen an private Eigentümer transferierte. Das neue Arbeitsrecht schwächte dann zusätzlich die Unabhängige Gewerkschaft der Bergleute.

Dokumentation

Die Schwäche der Gewerkschaften im post-kommunistischen Europa

Stephen Crowley, Oberlin College, Ohio

Stephen Crowley ist einer der führenden Spezialisten zur Rolle der Gewerkschaften in Osteuropa. Seine Forschungsschwerpunkte waren bisher Russland und die Ukraine. Der folgende Text ist eine Übersetzung des Resümees von: Stephen Crowley: Explaining labor weakness in post-communist Europe. Historical legacies and comparative perspective, in: East European Politics and Societies 3-2004 (September), S. 394–429.

Im Gegensatz zu anfänglichen Erwartungen ist die Arbeiterschaft in der gesamten Region ein schwacher sozialer und politischer Akteur gewesen. Diese Schwäche drückte sich in Indikatoren der Macht der Arbeiterschaft wie der relativen Streikbeteiligung, zurückgehenden Mitgliederzahlen der Gewerkschaften und Umfang und Qualität von Tarifverhandlungen aus. Insbesondere die Mobilisierung von Arbeitnehmern war relativ gering, trotz einer Wirtschaftskrise, die, gemessen an vielen Indikatoren, der Großen Depression (Wirtschaftskrise der 1920er) ebenbürtig oder schlimmer als diese war.

Ich habe eine Reihe von Argumenten untersucht, um Schwankungen bei der Mobilisierung von Arbeitnehmern und deren Schwäche in der Region zu erklären – wirtschaftliche Erklärungsversuche, die sich auf den Arbeitsmarkt konzentrieren, und individuelle sowie politische Erklärungen, die sich auf Korporatismus und Rivalität unter den Gewerkschaften konzentrieren – und stellte fest, dass jedes von ihnen diese Schwankungen nicht völlig erklären konnte. Was aber wichtiger ist, aus vergleichender Perspektive trifft diese Schwäche der Arbeiterschaft auf die gesamte postkommunistische Region zu, sodass nicht die Erklärung von

Unterschieden innerhalb Osteuropas sondern die Erklärung der allgemeinen Schwäche der Gewerkschaften in postkommunistischen Gesellschaften zur dringenden Aufgabe wird. Der Bedarf für eine solche Erklärung wird umso dringender, wenn man in Betracht zieht, dass diese Ruhe der Arbeiterschaft trotz der ziemlich ausgeprägten makroökonomischen und politischen Variationen, die sich in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion herausgebildet haben, im Großen und Ganzen konstant geblieben ist. Diese Konstante, bei solchen Variationen anderer Faktoren, lenkt den Blick darauf, was diese Gesellschaften gemeinsam haben.

Diese gemeinsamen Merkmale sind das institutionelle und ideologische Erbe des Kommunismus, besonders insofern es die Gewerkschaften und die Verbindung zwischen Gewerkschaften und ihren Mitgliedern beeinflusst. In jedem Land in der Region ist die dominierende Gewerkschaft nach wie vor diejenige – wenn auch in allen Fällen in unterschiedlichen Maß reformiert –, die von der Kommunistischen Partei geschaffen wurde und die im alten Regime ein Monopol auf Vertretung der Arbeiterschaft hatte. Diese Vergangenheit hat zu bedeutenden Legitimationsproblemen geführt; gleichzeitig wurde die Aufgabe gestellt, diese großen Organisationen gemäß den völlig anderen Forderungen der neuen politischen Ökonomie umzustrukturieren. Auch das ideologische Erbe des Kommunismus hat Gewerkschaften und die Arbeiterschaft im Allgemeinen negativ beeinflusst, da Arbeiter und Gewerkschaftsfunktionäre nicht sicher sind, welche

Haltung sie gegenüber der kapitalistischen Transformation einnehmen, und welche Rolle die Gewerkschaften dabei spielen können. Es ist also nicht überraschend, dass Umfragen in der Region zum wiederholten Male zu dem Ergebnis geführt haben, dass die Gewerkschaften zu den gesellschaftlichen Institutionen gehören, denen am wenigsten vertraut wird.

Während aber die Wirkung von kommunistischer Ideologie auf die Gewerkschaften schwächer und der Wunsch nach selbstbewußteren Gewerkschaften im Kapitalismus stärker wird, sind Gewerkschaften und die Beziehungen zwischen Arbeiternehmern und -gebern in der Region institutionell in ein ziemlich liberales und flexibles System eingebunden worden. Dies kann zum Problem werden, wenn das Modell eines „sozialen Europa“ in den Osten exportiert werden soll, und könnte für Arbeitnehmer in Westeuropa zu größeren Problemen führen als jetzt angenommen. Weit davon entfernt, westeuropäische Normen direkt zu übernehmen, deuten eine Reihe von Indikatoren darauf hin, dass diese Gewerkschaften, trotz ihrer scheinbaren Stärke in der kommunistischen Periode, sich in Richtung eines Modells von flexiblen Arbeitsbeziehungen bewegen, wie es in den Vereinigten Staaten und in manchen Entwicklungsländern existiert. Vielleicht können sie in der Zukunft als effektive Arbeitnehmerbewegungen wieder aufgebaut werden, aber es gibt wenig Beweise dafür, dass dies geschehen wird.

Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Kommentar

Anmerkungen zum „Offenen Brief an die Staatsoberhäupter und Regierungschefs der Europäischen Union und der NATO“ vom 28. September 2004

Heinrich Vogel, Mitglied des Vorstandes der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin/Köln
Der offene Brief und erste Pressestimmen wurden bereits in der Russlandanalyse Nr. 39 veröffentlicht.

Der offene Brief der Politiker und Intellektuellen formuliert Notwendiges und Überfälliges: Entsetzen über den Massenmord von Beslan, Solidarität mit den Betroffenen und Kritik an der geschäftsmäßigen Reaktion des Kreml, der die Ereignisse als Anlass für weitere Schritte zum systematischen Rückbau demokratischer Elemente in der russischen Verfassung missbraucht. Zweifellos verdienen die Initiatoren Unterstützung, wo sie auf die angestrenzte Verdrängung der Realität durch die offizielle Politik des Westens hinweisen. Und dennoch verfehlt der Brief seinen Zweck aus drei Gründen:

1. Die Initiatoren folgen der Medienmeute, für die Russland längst in einer Grauzone zwischen „neuer Demokratie“ und russischer Andersartigkeit zwischen gelagert ist. Um es zynisch zu formulieren: Die Zahl der Toten bestimmt den Grad öffentlicher Aufmerksamkeit, und Interesse an der politischen Entwicklung in Russland (wie auch in anderen Regionen) kann nur für die Dauer von Krisen geweckt werden. Das weiß auch die russische Führung. Die Diagnose eines autoritären Trends ihrer Innenpolitik kommt zur falschen Zeit bzw. im falschen Kontext, und die Feststellung, dass die russische Führung sich von den „demokratischen Kernwerten der euroatlantischen Gemeinschaft“ lossage, ist sogar falsch, da sich weder Jelzin noch Putin explizit zu diesen Wertvorstellungen bekannt haben. So wird es den Propagandisten der eisernen Hand in Moskau zu leicht gemacht, denn diese können den angezielten politischen Effekt der Kritik jetzt zuhause leicht mit emotionalen Rundschlägen gegen *Russia-bashing* und mangelndes Verständnis des Westens für das Ausmaß der Bedrohung neutralisieren. Beides – die Sympathieerklärungen des Westens für die Opfer wie auch die Kritik am autoritären Trend der Innenpolitik – dienen so der Selbstbestätigung des Kreml.

2. Der Brief täuscht einen Konsens über Ziele und Methoden westlicher Außenpolitik und insbesondere in der Auseinandersetzung mit dem Terrorismus vor, den es so nicht gibt. Die überparteiliche Einmütigkeit wichtiger amerikanischer Unterzeichner des Briefes besteht nur an der Oberfläche einer Verurteilung der russischen Politik, aber allen Lesern des Offenen Briefes ist klar, dass die Visionen eines Robert Kagan (der hier ungeschminkt als Vertreter des *Project for the American Century* firmiert) von demokratischer Veränderung im

Broader Middle East wenig gemein haben mit denen einer Madeleine Albright. Noch viel weniger genügt die Kritik an Putin als kleinster gemeinsamer Nenner, um transatlantische Divergenzen in der Frage nach einer weltweiten Strategie im Kampf gegen den Terror zu überbrücken. Zwischen Kristol und Leutheusser-Schnarrenberger liegen Welten.

3. Die von den Autoren geforderte Eliminierung von Doppelstandards müsste auch im Nah-Ost-Konflikt und mit einem glaubwürdigen Konzept der Entmilitarisierung des weltweiten Kampfs gegen den Terror erbracht werden. Solange der Kampf gegen den Terror auf die Logik der Spezialeinheiten und Abstandswaffen reduziert bleibt, wird man sich weiter auf frustrierende Hinweise aus Moskau einstellen müssen: Wie steht es um die völkerrechtlichen Grundlagen der Auslieferung von Guantanamo-Gefangenen zum Verhör an Folterstaaten? Und was lässt sich schließlich einwenden, wenn der FSB nach verstärkter gesetzlicher Absicherung willkürlicher Eingriffe in die Bürgerrechte nach dem Modell des amerikanischen *Patriot Act* ruft? Warum soll Putin einen Zusammenhang zwischen seiner Tschetschenienpolitik und islamistischem Terror in Betracht ziehen, wenn Richard Perle, immerhin Mitglied des innersten Führungszirkels der amerikanischen Konservativen, die Forderung aufstellt, „to decontextualize terrorism“ – das Problem des Terrorismus unabhängig von einem Kontext zu behandeln? Russlands Innenpolitik ist gewiss Teil des Problems der weltweiten Bedrohung durch den Terrorismus. Aber in einer solchen Nachbarschaft kann Putin sein Russland auch als Teil einer Achse der Selbstgerechtigkeit reklamieren.

In dieser Perspektive ist der Offene Brief nur ein Dokument ratloser Empörung. Wirkung bei den Adressaten wird er nicht erzielen, solange energiewirtschaftliche Komplementarität und nukleare Restbedrohungen als Argument ausreichen, das Wegschauen als notwendig im Interesse einer strategischer Partnerschaft zu stilisieren. Empört sein ist leicht, die Entwicklung eines Konzepts strategischer Einflussnahme in Russland dagegen schwer. Ein Anfang wäre immerhin schon gemacht, wenn die Anstrengungen zur Bewahrung der Standards demokratischer Rechtsstaatlichkeit mit der selben Intensität betrieben würden wie der Kampf gegen den internationalen Terrorismus, und dies nicht nur in Russland.

Chronik

Vom 30. September bis zum 7. Oktober 2004

30.9.2004	In Woronesh werden drei junge Männer wegen der Ermordung eines afrikanischen Studenten am 21.2.2004 zu Haftstrafen von 9 bis 17 Jahren verurteilt.
30.9.2004	Der Moskauer Polizeichef entlässt zehn höhere Polizeibeamte im Zusammenhang mit dem Tod von Aleksandr Pumane, der an den Folgen eines Polizeiverhörs gestorben war.
1.10.2004	Die Stadt Moskau verbietet mit wenigen Ausnahmen Kioske und Verkaufsstellen in der Metro und im unmittelbaren Umfeld der Metroeingänge. Das Verbot betrifft 2000 Verkaufsflächen und ist Teil eines Maßnahmenpaketes, mit dem die Sicherheit in der Metro gesteigert werden soll.
1.10.2004	Nach Zeitungsberichten hat die Investitionsbank „Dresdner Kleinwort Wasserstein“ ihre Bewertung des Unternehmens „Juganskeftegaz“ abgeschlossen, das den Kern des Jukos-Konzerns darstellt. Nach dieser Einschätzung beträgt der Wert von „Juganskeftegaz“ 15,7–17,3 Mrd.US\$. Nach Einschätzung von Marktanalysten ist der Preis fair, aber so hoch, dass es schwer werden wird, das Unternehmen zu verkaufen.
3.10.2004	Der Inlandsgeheimdienst FSB verhaftet den in Algerien geborenen britischen Staatsbürger Kamil Rabat Bouralha beim Versuch, die russisch-georgische Grenze zu überschreiten. Kamil Rabat Bouralha ist angeblich seit 2001 in Tschetschenien und gilt als Mitarbeiter des Guerillaführers Shamil Basajew.
3.10.2004	In Nishnij Nowgorod verhaftet der FSB elf Personen, die angeblich Mitglieder der Untergrundzelle der islamistischen Organisation von Hizb ut-Tahrir sind.
4.10.2004	In Moskau demonstrieren ca. 2.000 Anhänger linker Parteien in Erinnerung an die gewaltsame Auflösung des russischen Obersten Sowjets am 3. und 4. Oktober 1993.
4.10.2004	Präsident Putin verfügt per Dekret eine Erhöhung der Einkommen der Angehörigen der sogenannten ‚Machtstrukturen‘, d.h. des Verteidigungs-, des Innen- und Katastrophenschutzministeriums sowie der verschiedenen Sicherheitsdienste.
4.10.2004	Landwirtschaftsminister Alexej Gordejew teilt dem Präsidenten offiziell mit, dass die diesjährige Getreideernte die des Vorjahres um ca. 14% übertreffen wird.
4.10.2004	In Moskau beginnen die Verhandlungen im Prozess gegen Alexej Pitschugin, den früheren Sicherheitschef des Mineralölunternehmens Jukos. Pitschugin wird vorgeworfen, einen Doppelmord in Auftrag gegeben zu haben.
5.10.2004	Alu Alchanow wird als neuer Präsident der Republik Tschetschenien vereidigt.
6.10.2004	Der neue tschetschenische Präsident Alu Alchanow fliegt nach Straßburg. Er beabsichtigt im Europarat über die Situation in Tschetschenien zu berichten. Der Europarat verurteilt am 7.10. erneut schwerste Menschenrechtsverletzungen durch russische Streitkräfte in Tschetschenien.
6.10.2004	An der Grenze der Rayons Wedeno und Noschaj-Jurtowsk (Tschetschenien) kommt es zu einem Zusammenstoß zwischen russischen Speznas (Sondertruppen) und einer Guerillagruppe. Drei tschetschenische Guerillas werden getötet, eine unbekannte Zahl von Soldaten werden verwundet.
7.10.2004	Gipfeltreffen der GUS-Staaten in Kischinau (Moldowa).
7.10.2004	Geburtstag des Russischen Präsidenten Wladimir Putin.
7.10.2004	Der Leiter der russischen Raumfahrtagentur Anatoli Perminow erklärt, dass der russische Teil der Internationalen Raumstation ISS bis 2011 fertig gestellt wird.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wider.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de

Lesehinweis

Abstracts der Russlandartikel in Osteuropa, 2004, Heft 9–10

Das neue Heft von OSTEUROPA, 9–10/2004 ist soeben erschienen:

Europa unter Spannung. Energiepolitik zwischen Ost und West

380 Seiten, 22 Karten, 53 Abb. & Tabellen. Berlin 2004

28,00 Euro

ISBN 3-8305-0831-X

Es ist im Buchhandel oder direkt über die Redaktion osteuropa@dgo-online.org zu beziehen.

Das Heft enthält 25 Aufsätze, darunter folgende zu Rußland:

KLAUS GESTWA

„Energetische Brücken“ und „Klimafabriken“. Das energetische Weltbild der Sowjetunion.

Das energetische Weltbild, das im Kampf der Menschheit um Energie einen wichtigen Bewegungsmodus der Geschichte sieht, hat die Entwicklung der Sowjetunion von Beginn maßgeblich geprägt. In den 1950er Jahren nahmen Vorstellungen von grenzüberschreitenden „energetischen Brücken“ und gigantischen „Klimafabriken“ die Vorstellungskraft der Menschen in Ost und West gefangen. Der Beitrag arbeitet anhand vergessener, heute unglaublich klingender sowjetischer Technikutopien kulturhistorische Grundzüge des Kalten Krieges und der modernen Energiegeschichte heraus.

FRIEDEMANN MÜLLER

Protokoll einer Krise. Rußland, Kyoto und die Klimapolitik.

Seit Anfang 2003 fehlt zum Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls lediglich die Ratifizierung des Vertrags durch Rußlands Staatsduma. Moskau nutzt diese Veto-Position zur Durchsetzung anderer Interessen, wodurch es die internationale Klimapolitik in eine schwere Krise stürzt. Die Diskussion in Rußland dreht sich ausschließlich um eine Abwägung zwischen ökonomischen Interessen und Souveränitätsvorstellungen auf der einen Seite und einer Integration in internationale Kooperationsforen auf der anderen Seite. Eine Bereitschaft zur Teilhabe an einer globalen Verantwortung ist nicht zu erkennen. Wenn sich Rußland nicht bald für eine Ratifizierung entschließt, verliert das Protokoll seine Bedeutung. Rußlands Rolle als ernstzunehmender Partner bei multilateralen Abkommen würde sinken.

ROLAND GÖTZ

Pipelinepolitik. Wege für Rußlands Erdöl und Erdgas.

Der Ausbau des Pipelinenetzes in Rußland zwischen 1985 und 2000 stagnierte. Gleichzeitig ist der Überholungsbedarf der Anlagen erheblich. Bis 2020 wird eine Reihe von Großprojekten wie Pipelines, Hafenterminals sowie Einrichtungen zum Transport von Flüssiggas erforderlich. Neue Fördergebiete in klimatisch schwierigen Regionen müssen erschlossen werden. All dies hat einen enormen Kapitalbedarf zur Folge. Woher diese Investitionen stammen sollen, ist offen, wenn ausländisches Kapital nur unter der engen Voraussetzung herangezogen werden soll, daß es keinen bestimmenden Einfluß nehmen darf. Sollte der Ausbau der rußländischen Transportinfrastruktur nicht mit den Exportmöglichkeiten des Landes Schritt halten, bleibt dies nicht ohne Auswirkungen auf die EU: Bei Erdöl würde dies die Orientierung auf den Nahen Osten verstärken, bei Erdgas die Versorgungssicherheit tangieren.

ELENA DURAEVA

Erneuerbare Energien in Rußland. Nutzung durch internationale Kooperation.

Rußland besitzt gewaltige Ressourcen erneuerbarer Energiequellen: geothermische Energie, Wasserenergie, Wind- und Sonnenenergie und Biomasse. Diese sind aufgrund der niedriggehaltenen Erdgaspreise bislang oft nicht konkurrenzfähig. In den zahlreichen Regionen Rußlands, die ungeachtet der riesigen Energieexporte des Landes an Energiemangel leiden, wären alternative Energien schon heute wirtschaftlich einzusetzen.

zen. Voraussetzung für eine breitere Nutzung ist allerdings, daß der Staat durch energiepolitische Lenkung bessere Startchancen für alternative Energieträger schafft und daß die international gesammelte Erfahrung an Rußland weitergegeben wird.

OLE GUNNAR AUSTVIK, MARINA CYGANKOVA

Auf dem Weg zur Konvergenz? Norwegen und Rußland als Öl- und Gasproduzenten.

Rußland und Norwegen haben im vergangenen Jahrzehnt die Erdöl- und Erdgasindustrie liberalisiert. Die Politik in diesen Sektoren scheint zu konvergieren. Rußland hat einen Stabilisierungsfonds eingerichtet, der dem norwegischen Erdölfonds ähnelt. Auch die Marktinteressen und wirtschaftspolitischen Vorgaben gleichen sich zunehmend an, auch wenn Rußland Marktführer beim Erdgas bleibt. Doch aufgrund der großen Unterschiede der geographischen Lage, der Größe, Kultur, Geschichte und Politik beider Länder wird die Organisation der Erdgas- und Erdölindustrie von Divergenzen geprägt bleiben.

JOHN HARDT

Holländische Krankheit oder Putinsches Übel? Zum Umgang mit Rußlands Energielastigkeit.

Die Energiepolitik ist einer der Ecksteine des Putinschen Wirtschaftsprogramms. Der Energiesektor muß den Löwenanteil der Kosten für die Wirtschaftsreform tragen, da die Einnahmen der Energiewirtschaft auf die anderen Sektoren umverteilt werden sollen. Gleichzeitig erfordert die Umsetzung des Programms ein autoritäres Regime. Die uneingeschränkte Macht der politischen Führung kann jedoch Spannungen zwischen den einzelnen Interessengruppen hervorrufen.

JOSEPHINE BOLLINGER-KANNE

Liberalisierung à la russe. Energiewirtschaft als staatliche Veranstaltung.

Die Elite der rußländischen Erdgas-, Erdöl- und Stromindustrie unterliegt starker staatlicher Kontrolle. Dies resultiert daraus, daß die Unternehmen der Energiewirtschaft bis zu einem Drittel der rußländischen Industrieproduktion und der Einnahmen zum konsolidierten Staatshaushalt beisteuern. Staatliche Kontrolle wird durch Anteile an den betreffenden Unternehmen und die Festlegung wirtschaftlicher Rahmenbedingungen ausgeübt. Ob das ein Erfolgsmodell für die Zukunft darstellt, ist fraglich.

JULIA KUSZNIR, HEIKO PLEINES

Reichtum für wen? Politische Ökonomie rußländischer Ölfelder.

Der rußländische Staat ist nach wie vor Eigentümer der Bodenschätze auf seinem Territorium. Er allein entscheidet, wer wo und wie lange Erdöl fördern darf. Bei der Lizenzvergabe entstehen jedoch regelmäßig Konflikte zwischen den beteiligten staatlichen Akteuren der nationalen und regionalen Ebene. Gleichzeitig versuchen Ölfirmen häufig, ihre Verhandlungsposition durch eine strategische Allianz mit der Regionalverwaltung zu verbessern. Die in der öffentlichen Debatte starken Vorbehalte gegen einen „Ausverkauf“ nationalen Reichtums führen hingegen weniger zu prinzipiellen Einschränkungen bei der Lizenzvergabe als vielmehr zu einer Blockade einzelner Entscheidungsprozesse, wie die Fallstudien über Ölfelder in Jakutien und Sachalin zeigen.

ANDREAS HEINRICH

Globalisierung und Corporate Governance. Rußlands Erdöl- und Erdgassektor.

Die Eingliederung in die Weltwirtschaft zwingt ein Unternehmen, internationale Standards zu übernehmen und dadurch ihre Corporate Governance zu verbessern. Drei Fallstudien demonstrieren dies am Beispiel des rußländischen Erdöl- und Erdgassektors. Dazu werden zwei Indizes zur Messung des Grades der Internationalisierung sowie der Qualität von Corporate Governance entwickelt. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, daß globale Einflüsse nach der Finanzkrise von 1998 positiv auf die Corporate Governance in Rußland wirkten.